

Arbeiter, die zur Arbeit bereit sind. Diese Bedingungen sind von den Unabhängigen rechtlich angenommen worden, so daß noch im Laufe des Mittwochs die städtischen Behörden ein Teil der Reichsbehörden die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch die Besatzung praktizieren wieder. Die Arbeiter haben sich vorbehalten, in den einzelnen Privatbetrieben weiter zu streiken, doch hat dieser Streik keine besondere Bedeutung. Es ist sogar anzunehmen, daß einzelne Industriebetriebe auf Wiederaufnahme der Arbeit verzichtet. Das Ende des Streiks ist zweifellos durch den Mangel an Rohstoffmaterialien bedingt worden. Die Streikenden haben zwar, soweit ihnen das möglich war, die vorhandenen Lebensmittel in erster Linie den Streikenden selbst zugeführt, die Vorräte schumpften indes rasch zusammen und infolge des unterbrochenen Eisenbahnverkehrs kam auch nicht genügend Futtermittel zu, so daß Erfurt tatsächlich vor einer Lebensmittelkatastrophe stand. Eine große Bedeutung kommt auf dem Gebiet der Bürgerkassen und des Beamtenstandes zu, der zur Folge hatte, daß die Behandlung der Kranken unterbrochen wurde und daß die Verwaltung nicht mehr ihren gewohnten Gang ging. Die Wiederaufnahme des Lebensverkehrs wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Tages erfolgen können, da zunächst noch einige Schäden ausgebessert werden müssen. Dann wird auch die umfangreiche Post, die sich hier wegen des Streiks aufgehäuft hat, weiter befördert werden. Im Erfurter Postamt liegen zur Zeit mehrere Wochenscheine mit Briefschaften für auswärtig.

**Verhinderung der Lage in Eisenach.**  
Im Eisenach hat sich die Lage noch verschärft. Von gestern mittag an wurde die Lieferung von Elektrizität, sowie von Gas und Wasser eingestellt. Das Verkehrsamt Eisenach wurde aufgefordert, den Eisenbahnverkehr Eisenach-Heba, Eisenach-Gotha und Eisenach-Weinungen sofort einzustellen, widrigenfalls Gewalt angewandt werde. Es sind bereits vereinzelt Bländereien von Eisenach zu verzeichnen. Mit Handgranaten bewaffnete Männer bedrohen die arbeitswilligen Arbeiter auf den Eisenbahnwerkstätten. Durch Sabotage wurde die Hochspannungsleitung Eisenach-Gotha gestört. Die hier sind bis jetzt noch in den Kasernen geblieben, doch fanden gestern mittag Verhandlungen wegen Waffenlieferung statt.

**Die Forderungen der Düsseldorf Arbeiter.**  
Die Vertrauensleute der Düsseldorf Arbeiter haben beschlossen, die Arbeiterschaft vorzuschlagen, die sofortige Zurückziehung der Regierungstruppen, sowie die Amnestie für alle von den Regierungstruppen wegen politischer Vergehen Verhafteten, ferner die restlose Zahlung der für den Streik bewilligten Entschädigung von 75 Prozent des Lohnausfalles zu verlangen. Falls diese Forderungen nicht zur Zufriedenheit erledigt werden, würde die Arbeiterschaft weitere Schritte vorbereiten.

**Blutiger Zusammenstoß zwischen Zivil und Grenzschutz.**  
Ein erster Zwischenfall, der zum Generalstreik im Ruhrgebiet führen kann, ereignete sich, wie uns aus Oberhausen gemeldet wird, auf der „Römertalstraße“ im Kreis Recklinghausen. Bei einer Hochzeitfeier kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Zivil und Grenzschutz, wobei es zu einem heftigen Feuergefecht zwischen beiden Parteien kam und es auf beiden Seiten auch Verwundete gab. Der Arbeiterrat der „Römertalstraße“ verlangte daraufhin die Auslieferung der an der Auslieferung beteiligten Soldaten des Grenzschutzes, andernfalls die Befreiung sofort in den Streik einzutreten würde. Es besteht die Gefahr, daß andere Gruben des Ruhrgebietes sich mit der „Römertalstraße“ solidarisch erklären und ein neuer vollständiger Streik ausbricht.

**Die Regierungsbildung in Bayern.**  
An der vorgeschlagenen Kandidatensliste des bayerischen Reichstages wurde ein dringlicher Antrag Dr. Pöhlers mit großer Mehrheit angenommen, wonach die Vertreter aus den Reihen der Reichssozialisten und Unabhängigen sich erneut mit dem am 12. Januar in den bayerischen Landtag gewählten Abgeordneten der Reichssozialisten zusammensetzen sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen.

**Regierungstruppen in Mannheim.**  
Anstelle des vor einigen Tagen aus Mannheim abgezogenen Bataillons der 110er rückt gestern früh ein Bataillon der 110er in Mannheim ein und besetzt die Stadt. Da dieses Bataillon auch als Polizeitruppe gebildet ist, entspricht dessen Anwesenheit den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages. Gleichzeitig sind der Minister des Innern Dr. Haas, sowie Minister Marquardt und der Vorsitzende der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens Abgeordneter Kommele in Mannheim eingetroffen, um mit den maßgebenden Stellen die Maßnahmen zu besprechen, die eine Wiederholung der Ausschreitungen verhindern sollen. In der Stadt herrscht völlige Ruhe.

**Wolke nicht in Marxtrakt.**  
Die Gerüchte, wonach Wolke sich in Marxtrakt befinden soll, entbehren, wie man an zuständiger Stelle versichert, jeder Begründung.

**Das Sozialistengesetz.**  
Am Donnerstag sind in Weimar die Entwürfe eines Sozialistengesetzes und eines Gesetzes über die Regelung der Sozialversicherung beraten worden. Die Reichstagsparteien legen sich dafür ein, daß beide Gesetzesentwürfe ohne Rücksicht auf das schnellste Verabschiedet werden.

**Die Ruhe in Leipzig.**  
auch weiterhin nicht gestört worden. Der Leipziger A. u. S. Rat und die Streikleitung haben beschlossen, das feierliche Reiseausweilen von Leipzig mehr ausgestellt werden.

**Der Straßenbahnstreik in Chemnitz.**  
Die Straßenbahner beharren bei ihren erhöhten Forderungen und streiken weiter. Im Laufe des Donnerstags haben sich die Oberkassierer und Kontrolloren den Streikenden angeschlossen und ihrerseits Forderungen eingereicht. Vom Referenten wurde in der Stadtverordnetenversammlung hervorgehoben, daß der Transportarbeiter-Verband als Vertreter der Straßenbahner bei diesem Streik seine Rechte geltend machen sollte. Donnerstag mittag demonstrierten die Streikenden vor der Geschäftsstelle des „Chemnitzer Tagesblattes“, weil dieses die angeblich falschen Ausführungen des Referenten in der Stadtverordnetenversammlung wiedergegeben hatte. Der Streik der Straßenbahner gestillt wurde im Stadtverordnetenkollegium behandelt. Nach den Vorschlägen des Rates, die dem Kollegium zum Beschlusse vorgelegt werden, erhalten ab 1. März die männlichen Straßenbahner monatlich 180 bis 260 M., die weiblichen 160 bis 140 M., außerdem 20 M. Jahressumme und Weiterzahlung der bisher gewährten Teuerungszulagen. Als Deckung wird eine Tarifserhöhung auf 20 und 25 Pf. für die Fahrt vorgeschlagen. Der Streik soll dann nach ergebender Freilassung von 970 000 Mark sich auf den Haushaltsplan übernehmen werden. Nach längerem Ausschreiben wurde der Vorschlag des Rates angenommen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom Donnerstag nachmittag folgenden Aufruf des A. u. S. Rates: „Arbeiter und Arbeiterinnen von Chemnitz! In einer Anzahl Chemnitzer Großbetriebe ist in den letzten Tagen zum Generalstreik für Freitag aufgefordert worden. Arbeiter und Arbeiterinnen! Für was soll gestreikt werden? Darüber können Euch die Spartakisten keine klare Antwort geben. Keine große politische oder Lohnforderung kommt in Frage. Nur um den Streik einer Partei zu dienen, soll gestreikt werden. Dem Streik

der Arbeiter sind Gegenstreiks des Paternalismus getrotzt. Das muß zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens führen. Einseitig und Besonnenheit waren bisher die Grundzüge der Chemnitzer Arbeiterkraft. Bewahrt sie auch weiterhin! Laßt Euch nicht zu Taten verleiten, die das deutsche Volk schwer schädigen müssen! Lehnt es energisch ab, jetzt in den Generalstreik einzutreten!“

**Sitzung des Staatsrats.**  
In der am 4. März unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Bruns und des Reichswirtschaftsministers Wiesel abgehaltenen Sitzung des Staatsrats wurde dem von der Nationalversammlung angenommenen Entwurf eines Übergangsgesetzes, eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr und eines Gesetzes zur Durchführung der Waffentillungsbedingungen zugestimmt.

## Deutsches und Sächsisches.

**Meißen, den 7. März 1919.**  
— Gewerbeverein. Zum letzten Male versammelten sich gestern die Mitglieder des Gewerbevereins in dem seit her benutzten Versammlungssaal des Rathhauses. Der Vorsitzende gedachte des besonderen Ereignisses in der Vereinsgeschichte mit Rücksicht auf die Stätte, in der unter Leitung vieler verdienter Vorkämpfer Beschlüsse für das sächsische Volk des Vereins gefaßt wurden. Von der Verankerung der sächsischen Gewerbevereine in Dresden war Herr Werner anwesend, um Aufschluß zu geben über die für jeden selbständigen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden zweckmäßige Krankenversicherung mit Arbeitgeberbeiträge. Die Kasse steht auf dem Boden der Reichsversicherungsordnung und gewährt zu mäßigen Beiträgen vorteilhafte Bedingungen. Nach den Ausführungen des Referenten hielten 14 Herren ihren Beitritt zu der Versicherung in Aussicht. Weitere Meldungen sind beim Vereinsvorsitzenden, Herrn Bergmann, anzufragen, der auch Einblick in die schneidigen Tarife gewährt. Von den vorliegenden Vortragsgesuchen wurde ein Vortrag über „Waffenstillstand und Frieden“, den der Verein für Volksbildung empfahl, angenommen. In den Verhandlungen mit der Arbeiterschaft kaufmännischer und technischer Angestellter in Meißen wegen Gehaltsfragen ist auch der Gewerbeverein zugezogen worden. Da die Verhandlungen noch schwebend, konnte ein endgültiges Ergebnis nicht mitgeteilt werden. Der Gewerbeverein trat als Mitglied dem Arbeitgeber-Schutzverband in Meißen bei. Ueber Sozialisierung der Handwerksbetriebe gelangte ein Schriftstück zum Vortrag, worin sich der Verfasser mit beachtlichen Gründen gegen eine Sozialisierung ausspricht, namentlich aber vor einer überstürzten Handlungsweise nach dieser Richtung hin warnt. Von Interesse war die Mitteilung, daß vom 1. April ab vollständige Sonnensruhe für die offenen Geschäftsläden laut reichsgesetzlicher Anordnung einzuhalten ist. Verschiedene Herren erklärten darin eine Schädigung ihres Handwerks und brachten Wünsche auf Ausnahmefällen, deren Beachtung an geeigneter Stelle zu erheben ist. Acht Herren nahmen der Verein als neue Mitglieder auf.

— Das Dekret über die Ungarische Konsulate in Dresden bringt zur Kenntnis, daß infolge Wählung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Venedig in Wien Angehörige der ehemaligen Monarchie, welche nicht Deutschösterreich sind, zur Einreise bzw. Durchreise durch Deutschösterreich eines Visums seitens des Konsulates bedürfen. Die Ausstellung des Visums erfolgt nur bei Nachweis des Reisezweckes und der unbedingten Dringlichkeit der Reise. Der Botschaftsverwalter hat sich persönlich auf dem Konsulate einzulinden.

— Für die Wiedereinführung des freien Handels wird eine Demonstration der gesamten deutschen Kaufmannschaft vorbereitet. An allen wichtigeren Plätzen sollen, wahrscheinlich am 11. März, Versammlungen abgehalten werden, die sich für den freien Handel in einer gleichlautenden Resolution einsetzen. Diese soll den obersten Reichsbehörden ausgereicht werden. Außerdem wird, wie wir hören, geplant, für einen Tag in allen Geschäften die Arbeit einzustellen. Das soll kein Streik, sondern eine Demonstration bedeuten.

— Der Verein für Feuerbestattung in Zittau hat dem sächsischen Ministerium eine Eingabe unterbreitet, deren Inhalt auch jedem Abgeordneten zugestellt worden ist, und die fordert, das sächsische Feuerbestattungsgesetz mit seinen Erörterungen und feindlichen Bestimmungen außer Kraft zu setzen, die Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung anzuerkennen und die Genehmigung zur Feuerbestattung den ordnungsgemäßen Vorrichtungen zu überlassen. Ferner wird in der Eingabe unter anderem die Herabsetzung der Polizeigebühren und die Aufhebung des Leichenabnahmegerichts bei Ueberführung von Leichen in ein Krematorium verlangt. Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern ist jetzt nur am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag ganz verboten, im übrigen ist an Sonn- und Festtagen eine Beschäftigung bis zu fünf Stunden zulässig. Eine Aenderung der Gewerbeordnung durch die Reichsregierung verbietet vom 1. April an die Beschäftigung an allen Sonn- und Festtagen. Die Polizeibehörde kann dann aber für sechs Sonn- und Festtage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Festtage im Jahre eine Beschäftigung bis zu acht Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus zulassen und die Beschäftigungstunden unter Berücksichtigung des öffentlichen Gottesdienstes festsetzen. Für das Expeditionen- und Schiffsbauergewerbe, sowie andere Gewerbebetriebe für die Wasserleitung und Expedition von Gütern kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen. Die Sonntagsruhe wird gleichzeitig auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen ausgedehnt. Das beschriebene Offenhalten von Apotheken kann von der höheren Verwaltungsbehörde angeordnet werden. Die Schließung kann bis 8 Uhr morgens ausgebehalten werden. Bei wachsendem Dienst wird für jeden Sonn- und Festtag ein Wochentag oder zwei Nachmittage freigegeben.

— A. u. S. Einstellung und Entlassung gewerblicher Arbeiter. Nach § 5 der Reichsversicherungsordnung vom 4. Januar dieses Jahres über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung (R. V. O. § 5 ff.) sollen Einschränkungen der Arbeiterzahl in den unter die Verordnung fallenden gewerblichen Betrieben nur insoweit zulässig sein, als dem Unternehmer die Durchführung der Vorschriften nach den §§ 1 und 2 durch die Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich gemacht wird. Dabei ist (nach Abs. 2 a. a. O.), soweit es die Verhältnisse gestatten, der Lohnbestandteil und jedenfalls als untere Grenze eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters in dem Betriebe als maßgebend anzusehen. — Da Mitteilungen aus der Industrie darauf schließen lassen, daß diese Bestimmungen nicht genügend beachtet werden und unter Umständen nach Herabsetzung der Arbeitszeit auf 20 Wochenstunden und Durchführung der Arbeiter-Entlassungen wieder mit erhöhter Arbeitszeit gearbeitet wird, sei auf jene Vorschriften nochmals ausdrücklich hingewiesen.

— W. Vorbereitungsschulen für Offiziere. Eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution auf militärischem Gebiet ist die Tatsache, daß die Offiziers-Laufbahn jetzt auch Söhnen des Volkes ohne Einschränkung zugänglich sein wird. Auch der Arbeiter, auch der Mittellose, werden in Zukunft diese Laufbahn ergreifen können. Wenn so die Eröffnung der Offiziers-Laufbahn auch im Prinzip

beschlossene Sache ist, so stellen sich der Ausführung doch praktische Schwierigkeiten entgegen. Es fehlt an Offiziers-Anwärtern, die die unumgänglich notwendige Fachbildung gewonnen haben. Hier können nur Schulen helfen, die die Vorbereitung der zahlreich vorhandenen, im Argen und Frieden lebenden bewährten Offiziers-Kandidaten übernehmen. Diese Schulen haben bisher gelehrt. Das Ministerium für Militärwesen ist schon seit längerer Zeit in Vorbereitung für die Aufstellung solcher Schulen eingetreten. Ihre Durchführung war aber aus praktischen Gründen bisher mitten in der allgemeinen Demobilisation noch nicht möglich. Die Eröffnung einer solchen Schule für Sachsen ist aber bereits für den kommenden Monat in Aussicht genommen. Das Ministerium ist mit den Generalkommandos dieserhalb bereits in Fühlung getreten. Sachsen ist der erste deutsche Staat, der in dieser Beziehung die Initiative ergreift und der in dieser Beziehung die praktischen Folgerungen aus der vollzogenen Revolution zieht.

— Blase wick. Soldaten, die auf Kraftwagen ankommen, versuchen in dieselben Grundrücken Hauswohnungen nach Verdiensten vorzunehmen. Es fehlt an Offizieren-Anwärtern, die die unumgänglich notwendige Fachbildung gewonnen haben. Hier können nur Schulen helfen, die die Vorbereitung der zahlreich vorhandenen, im Argen und Frieden lebenden bewährten Offiziers-Kandidaten übernehmen. Diese Schulen haben bisher gelehrt. Das Ministerium für Militärwesen ist schon seit längerer Zeit in Vorbereitung für die Aufstellung solcher Schulen eingetreten. Ihre Durchführung war aber aus praktischen Gründen bisher mitten in der allgemeinen Demobilisation noch nicht möglich. Die Eröffnung einer solchen Schule für Sachsen ist aber bereits für den kommenden Monat in Aussicht genommen. Das Ministerium ist mit den Generalkommandos dieserhalb bereits in Fühlung getreten. Sachsen ist der erste deutsche Staat, der in dieser Beziehung die Initiative ergreift und der in dieser Beziehung die praktischen Folgerungen aus der vollzogenen Revolution zieht.

— Baubau. Während der wendischen Nationalversammlung seine Ziele bisher nur allgemein angedeutet hat, stellt er jetzt Einzelorderungen auf. Diese lauten u. a.: wendische Volksschulen, wendisches Lehrerseminar, Gymnasium, wendische Landwirtschaftliche Schule, Haushaltungsschule, wendisches Parlament, ohne dessen Einwirkung kein Gesetz im wendischen Lande gilt, ein wendisches Volksgesetz zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Gewinnung der nötigen Unterbeamten. Weiter soll die wendische Sprache bei Post, Eisenbahn, Gericht und allen sonstigen Behörden eingeführt werden. — Entgegen diesen Forderungen des wendischen Nationalausschusses, die nur im selbständigen wendischen Lande verwirklicht werden können, hat jetzt der im Beisein der sächsischen Regierung gebildete wendische Arbeitsausschuß die Forderungen der gemäßigten Elemente der Wenden aufgestellt, und der Regierung unterbreitet. In diesen Forderungen, die zugleich als Mindestforderungen angesehen werden müssen, werden eine Anzahl Wünsche hinsichtlich des Schulunterrichts angebracht, aus denen erhellt, daß die größte Sorgfalt auf wendische Sprache und Wissenschaft zu verwenden ist. Mit besonderer Liebe soll das wendische Volkstied und Kinderlied gepflegt werden. Die Bezirksschulinspektoren von Bautzen und Kamenz möchten der wendischen Sprache mächtig sein. Die Erhöhung der Zahl der Reichslandräten auf der Oberstufe auf 3 wird gefordert. Kirchen- und Ordinations- und Einweihungen soll ein wendischer Geistlicher ausüben. Vermögen der Kirchen und Kirchengemeinden sind diesen unverkürzt zu belassen, beschlagnahmte sind die kirchlichen Friedhöfe nicht in politische umzuwandeln. Bei den Amtsgerichten Bautzen, Kamenz und Kamenz soll mindestens ein wendischer Jurist bzw. bei den drei Amtshauptmannschaften ein wendischer Verwaltungsbeamter tätig sein. In ununterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel, daß diese Forderungen von der Regierung angenommen werden. — Wegen der Postdienstpläne des wendischen Nationalausschusses veranlaßten sämtliche politische Parteien des Nachbar-Kreises am Mittwoch abend in Bautzen zwei Massenkundgebungen gegen die Postdienstbestrebungen des wendischen Nationalausschusses.

— P. u. e. r. Die amtliche Konferenz der Lehrerschaft an den Plauer Volksschulen sprach sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule aus. Nur über die Art seiner Erteilung waren die Meinungen verschieden.

— A. u. S. o. m. Am Dienstag, den 4. März, kam es in ganz Deutschböhmen zu einer mächtigen Kundgebung für die Selbstbestimmung. Zur selben Stunde, wo in Wien die deutschösterreichische Nationalversammlung zusammenkam, erhob Deutschböhmen im nationalen Kampfe geschätzte Bevölkerung ihre Stimme für das Recht der Selbstbestimmung gegen die tschechische Gewalttätigkeit. Alle Länder fanden sich. In allen Städten und Dörfern wurde die Arbeit eingestellt, die Straßenbahnen hielten den Verkehr ein, die Gas- und Kaffeehäuser, Geschäfte usw. schlossen. Es war ein Demonstrationstreffen, wie er in Deutschböhmen noch nie durchgeführt worden ist. Bürgerium, Bauern und Arbeiter hatten sich einmütig zusammengefunden zu einem gewaltigen Proteste gegen die Verdrängung der Böhmen in die österreichische Nationalversammlung durch die Tschechen und zu einer mächtigen sympathie-Kundgebung für Deutschösterreich. In Baden kam es infolge tschechischer Forderungen zu blutigen Zusammenstößen. In Karlsbad herrschte allgemeine Arbeitsruhe. Große Kundgebungen fanden statt in Eibogen. In Eger fand die Kundgebung bereits am Montag nachmittag statt. Hier kam es zu großen Krawallen und blutigen Zwischenfällen. In Aussig fanden große Versammlungen in der Turnhalle und vor der Turnhalle statt. Eine der größten Kundgebungen im Gebiete fand in Teplitz-Ebnau statt, an der etwa 25 000 Personen teilgenommen haben. In allen diesen Orten ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen gekommen. An einzelnen Plätzen wurden Personen getötet oder schwer verwundet, da in die zu Tausenden sich zusammengefundenen Demonstranten von tschechischem Militär geschossen worden ist. Für den 6. und 7. März ist in ganz Deutschböhmen eine Landstreifer für die Märzgefallenen angelegt. Alle privaten und öffentlichen Gebäude werden mit Trauerfahnen besetzt. Am Sonnabend findet die Beerdigung der 21 Todesopfer in Kloden statt. Die Zahl der Todesopfer für ganz Deutschböhmen beträgt nach vorläufigen Meldungen 34 Personen.

## Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Großenhain.

am 4. März im Sitzungssaal der Zentralschule.  
Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herr Gemeindevorstand Gantner und 18 Gemeinderatsmitglieder. Entschuldig fehlten die Herren Krause und Danke. Der Sitzung wohnte außerdem Herr Ortsbaumeister Langer bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der erstmalig in der Versammlung anwesende Gemeindevorstand Herr Gantner von Herrn Gemeindevorstand Hans begrüßt und durch Handschlag für das Amt verpflichtet. Er bittet den Neuzugewählten um rege Mitarbeit in Kollegium und Ausschüssen.

1. Gemeindevorstand erklärt sich der Gemeinderat mit einem Vorschlag des Verwaltungsausschusses, die öffentlichen Gemeinderatsitzungen aller 14 Tage stattfinden zu lassen und diese auf den Montag zu legen.

2. Durch weitere Vernehmung der Geschäftsräume im Gemeindevorstand hat sich, wie vom Vorsitzenden berichtet wird, die Verlegung des Bauamtes aus dem Gemeindevorstand in die Zentralschule notwendig gemacht. Durch die Arbeiten für den Kleinwohnungsbaubau wird das Bauamt um zwei Beamte vermindert.

3. Herr Ortsbaumeister Langer berichtet über den Wiederaufbau des niedergebrannten Speichers der Anna-Graselt u. Viktorius. Die Ausführung sei diesmal in Eisenfachwerk mit Eisenbalken, die äußere Umkleide sei sonst wie der früheren Bau geplant. Baubedingungen seien nicht zu stellen.

4. Vorgelegt wird eine Verordnung der Amtshauptmannschaft Großenhain über die Einrichtung eines Weineinigungsamtes für den Bezirk der Amtshauptmannschaft in Großenhain. Die Verordnung sei bereits öffentlich bekannt gemacht worden. Herr Horn beantragt, die Bestimmungen noch dahin zu erweitern, in Fällen, in wel-